

Ad Hoc Publizität Im Konzern Abhandlungen Zum Deu

Das Rechnungswesen als Kerngebiet der Betriebswirtschaftslehre hat sich durch die fortlaufende Weiterentwicklung der IFRS, das Bilanzmodernisierungsgesetz, die feste Etablierung wertorientierter Steuerungsrechnungen und die Tendenz zur Vereinheitlichung interner und externer Rechnungen deutlich gewandelt. In diesem Handbuch und Nachschlagewerk werden alle Teilgebiete des Rechnungswesens - Rechnungslegung in Einzel- und Konzernabschluss nach HGB und IFRS, Unternehmensbesteuerung, Wirtschaftsprüfung, Finanzrechnung, Kosten- und Erlösrechnung, Investitionsrechnung - in rund 180 Stichwortaufsätzen von namhaften Fachautoren aus Wissenschaft und Wirtschaftspraxis sowie rund 1.000 Kurzstichworten auf aktuellstem Stand behandelt. Durch die Angabe weiterführender Literatur wird ein tiefergehender Einstieg in die einzelnen Themengebiete ermöglicht. Speziell für Studierende werden im Internet Fragen zu den Stichwortaufsätzen sowie weitere Zusatzmaterialien bereitgestellt. Das Buch richtet sich gleichermaßen an Studierende in wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen und Praktiker, die sich mit Fragen des Rechnungswesens beschäftigen.

Rolf Uwe Fülbier analysiert die Ad-hoc-Publizität aus ökonomischer Perspektive und zeigt auf, wie der Staat mit Hilfe seines regulatorischen Instrumentariums in das Kapitalmarktgeschehen eingreift. Der Autor bezieht dabei auch die herrschende Regulierung der drei weltweit wichtigsten Finanzplätze London, New York und Tokio ein. Auf Basis der normativen Regulierungstheorie werden die Regulierungsnotwendigkeit der Ad-hoc-Publizität geprüft und Erklärungsansätze im Sinne der positiven Theorie für die tatsächlich vorgenommene Regulierung abgeleitet. Abschließend beurteilt der Autor die deutsche Regulierungsnorm und steuert so der juristischen Diskussion Vorschläge zur rechtssicheren Ausgestaltung der Publizitätspflicht bei.

This comprehensive Commentary examines the implications of the EU’s Market Abuse Regulation, introduced following the 2008 financial crisis after gaps were identified in the existing regulatory framework. It explores whether and how the Regulation achieves its aims of preserving the integrity of financial markets by preventing insider dealing and market manipulation, providing a harmonised legal framework, and increasing legal certainty for all market participants.

Die Zeitschrift für Energiewirtschaft stellt regelmäßig Hintergrundinformationen zu aktuell diskutierten betriebs- und volkswirtschaftlichen Fragestellungen der Energiewirtschaft dar, insbesondere: Wettbewerb und Regulierung, nationale und internationale Energiepolitik, Umweltökonomie sowie Marktanalysen zu den einzelnen Sektoren der Energiewirtschaft mit Schwerpunkt auf die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft, aber auch bezüglich der Mineralöl- und Kohlenwirtschaft sowie der Erneuerbaren Energien. Abonnement: 4 Ausgaben

Festschrift 25 Jahre WpHG

Ad-hoc-Publizität, Schadenersatz und Wissenszurechnung

Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht

Handbuch der Bilanzierung und Prüfung, der Erlös-, Finanz-, Investitions- und Kostenrechnung

ganzheitliches Führungsinstrumentarium zur Umsetzung wertorientierter Strategien

Legalitätskontrolle im Kapitalgesellschafts- und Konzernrecht

Heinz-Jürgen Weiss präsentiert ein ganzheitlich angelegtes Führungsinstrumentarium zur Umsetzung wertorientierter Strategien. Hierzu entwickelt er ein Drei-Ebenen-Modell, das die Analyse der Fragestellungen auf unterschiedlichen Führungsebenen und ihrer jeweiligen Verknüpfungen erlaubt. Die Umsetzung des Ansatzes in die Praxis demonstriert er an Beispielen und zeigt seine Übertragbarkeit auf Führungsprobleme der Öffentlichen Betriebswirtschaftslehre auf.

Listen deutsche Fußballklubs ihre Anteile oder Anleihen an einer Börse, kann für sie die Ad-hoc-Pflicht des Art. 17 Abs. 1 MAR eingreifen. Der Autor entwirft eine Reihe von Fallgruppen möglicher ad-hoc-pflichtiger Lebenssachverhalte für Profifußballklubs, die der Praxis als Leitfaden dienen. Dies ist die erste umfassende Zusammenstellung in der europäischen rechtswissenschaftlichen Literatur. Seine Ergebnisse vergleicht der Autor mit den bisherigen Ad-hoc-Mitteilungen von Borussia Dortmund, der SpVgg Unterhaching und dem FC Schalke 04. Die Resultate dieser Dissertation sind auf alle Profifußballklubs mit Sitz in der EU anwendbar. Die meisten Ergebnisse können darüber hinaus hinsichtlich eines jeden Emittenten angewendet werden.

Diese Sonderausgabe aus dem Großkommentar zum Aktiengesetz (§§ 95-116) kommentiert umfassend die Rechte, Pflichten und Haftungsrisiken von Aufsichtsratsmitgliedern (Stand 1.7.2018). Die Corporate Governance- und Kodex-Diskussion wird im Einzelnen berücksichtigt, ebenso wie die neueste Rechtsprechung und das gesamte Schrifttum. Ein Werk mit hohem Praxisbezug, unabdingbar für Wissenschaft und Praxis und für alle Aufsichtsräte und ihre Berater.

Diese wissenschaftlich anspruchsvolle und zugleich praxisorientierte Kommentierung behandelt die für kapitalmarktorientierte Unternehmen wichtigen Vorschriften und enthält eine vollständige Erläuterung des DCGK mit Stand Mai 2013. Sie berücksichtigt bereits die Änderungen durch das AIFM-UmsG und das 2. KostrMoG. Jetzt neu ist die substantiierte sytematische Erläuterung der Unternehmensbewertung, die bei Fragen des Konzernrechts oder beim Spruchverfahren erhebliche Bedeutung hat. Auf rund 2.500 Seiten erläutern die Autoren nicht nur das Aktiengesetz, sondern auch praxisrelevante Nebengesetze und für kapitalmarktorientierte Unternehmen relevante Vorschriften. Das sind: •§§ 12-15b, 20a, 21-30, 37b, 37c WpHG •§§ 27, 30, 33-33c, 39a-39c WpÜG •Spruchgesetz; •Deutscher Corporate Governance Kodex Das Autorenteam aus Wissenschaft, Wirtschaft und Beratung garantiert einen hohen Praxisbezug und schlägt eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis. Die Kommentierung orientiert sich an der höchstrichterlichen Rechtsprechung. In der Auseinandersetzung mit Rechtsprechung und Literatur werden wissenschaftliche Akzente gesetzt. Mit dem Kauf erhalten Sie den Kommentar für Ihre Recherche gratis auch als E-Book.

Das Vorerwerbsrecht der Mutteraktiönire beim Börsengang einer Tochtergesellschaft

Immaterielle Vermögenswerte und Ad-hoc-Publizität

Eine Analyse vor dem Hintergrund europäischer Harmonisierungsbestrebungen

Die Weitergabe von Insiderinformationen in Aktienkonzernen

Buck-Heeb, Kapitalmarktrecht

European Capital Markets Law

Eine umfassende Anleitung zur professionellen Kapitalmarkt­kommunikation, erstellt von Investor-Relations-Spezialisten.

European capital markets law has developed rapidly in recent years. The former directives have been replaced by regulations and numerous implementing legal acts aimed at ensuring a level playing field across the EU. The financial crisis has given further impetus to the development of a European supervisory structure. This book systematises the European law and examines the underlying concepts from a broadly interdisciplinary perspective. National experiences in selected Member States – Austria, France, Germany, Italy, Spain, Sweden and the United Kingdom – are also explored. The first chapter deals with the foundations of capital markets law in Europe, the second explains the basics, and the third examines the regime on market abuse. Chapter four explores the disclosure system and chapter five the roles of intermediaries, such as financial analysts, rating agencies and proxy advisers. Short selling and high frequency trading is described in chapter six. Chapter seven deals with financial services and chapter eight explains compliance and corporate governance in investment firms. Chapter nine illustrates the regulation of benchmarks. Finally, chapter ten deals with public takeovers. Throughout the book emphasis is placed on legal practice, and frequent reference is made to the key decisions of supervisory authorities and courts.

Wer ein Unternehmen leiten will, der muss es kennen. Diese Aufgabe wird umso anspruchsvoller, je grosser und je komplexer die Strukturen des Unternehmens sind. Am anspruchsvollsten gestaltet sie sich, wenn nicht ein einzelnes Unternehmen in Rede steht, sondern ein Unternehmensverbund. Dort stösst die Informationsgewinnung durch das herrschende Unternehmen angesichts der rechtlichen Selbstständigkeit der einzelnen Verbundunternehmen auf rechtliche Hindernisse. Das führt zu einem Spannungsverhältnis zwischen Informationsbedurfnissen und Informationsmöglichkeiten. Florian Mader unternimmt es, die rechtlichen Grundlagen des Informationsflusses im Unternehmensverbund herauszuarbeiten, um auf dieser Grundlage Vorschläge für die unternehmerische Ausgestaltung dieses Informationsflusses zu unterbreiten. Dabei fokussiert er sich nicht nur auf aktienrechtliche Fragestellungen, sondern nimmt auch das Kapitalmarkt-, Kartell- und Bilanzrecht in den Blick. Die Arbeit wurde 2016 mit dem Telekom-Preis für zivilrechtliche Dissertationen (1. Preis) der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultat der Universitat Bonn und mit dem Förderpreis der Esche Schumann Commichau Stiftung ausgezeichnet

Das Werk widmet sich dem Verhältnis zwischen dem europäischen Marktmissbrauchsrecht und dem bislang kaum harmonisierten Gesellschaftsrecht. Dabei werden die Auswirkungen der Pflicht zur Ad-hoc-Publizität auf die Wissenszurechnung einerseits und die aktienrechtliche Schweigepflicht andererseits beleuchtet. Einen Schwerpunkt der Untersuchung bildet daher auch die multiple Organmitgliedschaft, die zwangsläufig zu einem Wissensransfer zwischen den Gesellschaften führt. Durch die Zugehörigkeit zu den Organen verschiedener Emittenten können auch potenziell publizitätspflichtige Insiderinformationen in andere Unternehmenssphären hineingetragen werden. Gleichzeitig unterliegen solche Informationen regelmäßig dem Gebot des Schweigens.

StudZR 3/2010

Der Sonderbeauftragte als Eingriffsinstrument der Banken- und Versicherungsaufsicht

Ad hoc-Publizität und Zwischenrichterstattung im deutschen Corporate Governance-System

Der Informationsfluss im Unternehmensverbund

Gesamtregister 1972–1996

das Verhältnis des Konzernrechts zum Kapitalmarktrecht

Mit der Verabschiedung des Wertpapierhandelsgesetzes im Jahr 1994 wurde das deutsche Kapitalmarktrecht auf eine völlig neue Grundlage gestellt und war seitdem zahllosen Reformen unterworfen. Die Festschrift 25 Jahre WpHG widmet sich diesen Entwicklungen und geht auf die zentralen aktuellen Herausforderungen ein. Als Autoren konnten für die Festschrift die führenden Vertreter des Kap erhalten werden.

Inhaltsangabe:Einleitung: Die mit dem Zweiten Finanzmarktförderungsgesetz neu installierten Regelungen zur Ad-hoc-Publizität sind jetzt zweieinhalb Jahre gültig. Im Rahmen der Diplomarbeit soll untersucht werden, ob die gesetzlichen Regelungen die ihr zugeordneten Ziele erreicht haben. Daneben ist zu klären, mit welchem Aufwand für die betroffenen Unternehmen die Erfüllung der Norm möglich ist, werden dargestellt und mögliche Lösungswege aufgezeigt. Besonders interessant ist dieses Thema, da es sich nicht nur um rein rechtliche Probleme handelt, haben die Existenz, die Anwendung und die Durchsetzung der Regelungen zur Ad-hoc-Publizität in der Bundesrepublik Deutschland unmittelbaren Einfluß auf den Finanzmarkt. Es wird also auch zu untersuchen sein, ob die Regelungen zur Ad-hoc-Publizität die Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes in der Bundesrepublik Deutschland positiv beeinflussen. Auch wird in dieser Diplomarbeit ein Ausblick auf die geplanten gesetzlichen Änderungen gegeben. Nicht Gegenstand der Arbeit ist eine spezifische Darstellung des Insiderhandelsverbotes. Hierzu erfolgte ebenfalls eine grundlegende rechtliche Änderung durch das Zweite Finanzmarktförderungsgesetz. Diese Fragestellung der Diplomarbeit verbunden, es handelt sich jedoch um eine so umfangreiche Thematik, daß die aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich in einer eigenen Diplomarbeit analysiert werden könnten. Dennoch wird bei einzelnen Detailfragen am Rande auch auf diese Problematik eingegangen, wenn nur so eine richtige Einordnung der Regelungen zur Ad-hoc-Publizität möglich ist. Gang der weitesgehend auf der Auswertung der aktuellen Literatur zu der bearbeiteten Thematik. Lediglich im Kapitel 7 soll eine komprimierte Darstellung und Bewertung der bisher zu diesem Themenkreis veröffentlichten Daten erfolgen. Nur am Rande werden in der Arbeit die Erfahrungen einzelner betroffener Unternehmen zu den Regelungen der Ad-hoc-Publizität ausgewertet. Im Anschluß an die Einleitung des Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) kurz vorgestellt. Die Ad-hoc-Publizität stellt einen Schwerpunkt dieses Gesetzes dar. Das Thema der Diplomarbeit kann nur richtig im Zusammenhang mit den anderen Schwerpunkten des WpHG dargestellt werden. Die anderen Regelungen des Gesetzes werden jedoch nur am Rande erläutert. In diesem Zusammenhang darf [...] Die kapitalmarktrechtlichen Offenlegungspflichten und der Geheimnisschutz für Innovationen stehen bisweilen in einem Spannungsverhältnis. Der Autor untersucht zum einen, wann Innovationen den Begriff der Insiderinformation erfüllen und daher grundsätzlich ad-hoc zu veröffentlichten sind. Zum anderen beschäftigt sich der Autor mit der Frage, welche rechtlichen und ökonomischen Möglichkeiten

English summary: Regulation is all the rage in Europe, and therefore, the European legislature has momentum. It obligates companies to disclose ever more business-derived information. Valentin Pfister investigates, with the comparative view, the situation in the United States of America in which the European constitutional law sets limits on the European legislature. As a result of that constitutive relationship of obligatory publication of information and the interests of business confidentiality in light of the public/private dichotomy. The author develops a plural concept of the private sphere of business, rooted in the basic law for the respect of private life. This concept provides a potentially effective instrument to constitutionally domesticate the obligatory provision of information and ot Regulation hat Konjunktur in Europa, der Europäische Gesetzgeber hat Rückenwind. Er verpflichtet Unternehmen zur Offenlegung von immer mehr unternehmensbezogenen Informationen. Valentin Pfisterer analysiert mit einem vergleichenden Blick auf die Vereinigten Staaten von Amerika, welche Grenzen das Europäische Verfassungsrecht dem Europäischen Gesetzgeber dabei setzt. Hiervon ausgeht der Autor ein Verhältnis von Pflichtpublizität und Vertraulichkeitsinteressen der Unternehmen im Lichte der Dichotomie Öffentlichkeit/Privatheit neu zu vermessen. Der Autor entwickelt ein plurales Konzept von `Unternehmensprivatsphäre`, verankert im Grundrecht auf Achtung des Privatlebens. Dieses Konzept bietet sich als ein potentiell wirkungsvolles Instrument an, um die verpflichtende Offenlegung - und andererseits die verfassungsrechtlich zu domestizieren.

Eine Studie zu Art. 17 Abs. 4 MAR

Kapitalmarktdeliktsrecht

Empirische und theoretische Analyse der reformvorschläge der Konzernverfassung

Das Interesse des Kapitalmarkts am Aufschub der Ad-hoc-Publizität

Frankfurter Reihe Band 23

Ad-hoc-Publizität nach dem Wertpapierhandelsgesetz

Im modernen Wirtschaftsleben bestimmen Informationen maßgeblich über die Wettbewerbsfähigkeit und Strategie eines Unternehmens. Der Autor geht der Frage nach, wie sich das herrschende Unternehmen in der Konzernbeziehung mangels eines gesetzlich normierten Informationssystems die relevanten Informationen aus und über die beherrschte Tochtergesellschaft verschafft. Neben einer umfassenden Analyse der handels- und gesellschaftsrechtlichen Informationskanäle befasst sich der Verfasser mit den kapitalmarktrechtlichen Konsequenzen des Informationstransfers und unterzieht das insiderrechtliche Weitergabeverbot sowie die Ad-hoc-Publizitätspflicht einer konzernspezifischen Untersuchung. Ferner beleuchtet die Arbeit die Zulässigkeit und Folgen des Informationsflusses von unten nach oben bei der außerbörslichen Veräußerung der Aktien der Tochtergesellschaft durch das herrschende Unternehmen.

English summary: Liability for omitted or misleading capital market information is a steadily growing field of law in Germany. It consists of a multitude of provisions which coexisted rather unsystematically until now. Alexander Hellgardt forms a unified system out of these provisions. From the interaction of comparative law, economic analysis, and general tort law, he establishes a special tort law for capital markets. He shows that a main goal of capital market tort law is to ensure good corporate governance of the issuers. The author then elaborates on the consequences of this approach for several problems of capital market liability. Going through the elements of the liability claim, the author shows capital market tort law as an independent field of the law.This book won the German Award for Studies 2009 of the Korber Foundation in Hamburg/Germany. German description: Kapitalmarkthaftung ist ein stetig wachsendes Rechtsgebiet. Es besteht aus einer Vielzahl einzelner Tatbestände, die teilweise in Spezialgesetzen niedergelegt, teilweise dem allgemeinen Deliktsrechts entnommen sind und bisher eher unsystematisch nebeneinander stehen. Alexander Hellgardt unternimmt es, das Gesamtgebiet der ausservertraglichen Haftung am Kapitalmarkt systematisch zu ordnen und zu einem einheitlichen System zusammenzufassen. Er bezieht sowohl die spezialgesetzlichen Tatbestände der Prospekthaftung, der Haftung für fehlerhafte Ad-hoc-Mitteilungen und die ubernahmerechtlichen Haftungstatbestände als auch das allgemeine Deliktsrecht, vorrangig 823 Abs. 2 BGB, ein.Bei der Entwicklung eines 'Sonderdeliktsrechts des Kapitalmarkts' spielen rechtsvergleichende und ökonomische Aspekte eine zentrale Rolle. Zugleich wird die Kapitalmarkthaftung an das allgemeine Deliktsrecht zurückgebunden. Dabei arbeitet der Autor heraus, dass ein zentrales Regelungsziel des Kapitalmarktdeliktsrechts neben dem Anleger- und Funktionenschutz in der Gewährleistung guter externer Corporate Governance der Emittenten besteht. Anschliessend entfaltet der Autor die Konsequenzen dieses Ansatzes für die Einzelfragen der Kapitalmarkthaftungstatbestände. Beginnend mit einer Untersuchung der haftungsrelevanten Pflichten am Primar- und Sekundärmarkt sowie im Rahmen öffentlicher Übernahmen, entwickelt er entlang des Tatbestandsaufbaus und unter Einbeziehung prozessrechtlicher Aspekte das Kapitalmarktdeliktsrecht als eigenständiges Teilrechtsgebiet.Die Arbeit wurde 2009 mit dem Deutschen Studienpreis der Korber-Stiftung ausgezeichnet.

Die Haftung von Wertpapieremittenten für fehlerhafte Kapitalmarktinformation beherrscht seit Jahren die Theorie und Praxis des europäischen Kapitalmarktrechts. Zuletzt ist unter anderem durch den VW-Dieselskandal die Schadenersatzhaftung für unterlassene Ad-hoc-Publizität in das Zentrum des Interesses gerückt. Chris Thomale nähert sich dem Thema mit einer neuen Methode ökonomisch-analytischer Rechtsvergleichung. Er tritt de lege lata für eine enge Bestimmung des publikationspflichten Emittentenwissens und de lege ferenda für eine Abschaffung der Schadenersatzpflicht gemass 97, 98 WpHG ein.

Studienarbeit aus dem Jahr 2011 im Fachbereich Jura - Zivilrecht / Handelsrecht, Gesellschaftsrecht, Kartellrecht, Wirtschaftsrecht, Note: 12, Universität Trier, Sprache: Deutsch, Abstract: „Wissen ist Macht“. Das wusste schon Francis Bacon Mitte des 16. Jahrhunderts. Mit dieser kurzen und einfachen Formel ließe sich die Begründung für die Einfüh-rung der Ad-hoc-Publizität erklären. Derjenige der Zugang zu Informationen und damit Wissen hat, hat Macht. Dass Macht nicht nur Verantwortung bedeutet, son-dern auch immer wieder schamlos zu eigenen Zwecken ausgenutzt wird, rief den Gesetzgeber auf den Plan. Sein Ziel: Die Verteilung von Wissen auf alle. Die Ad-hoc-Publizität beschreibt genau diesen Vorgang und ist der Grundstein in einem ganzen Netz von Informationspflichten. Mit ihr sollen Informationen aus der Hand der Insider genommen werden und denjenigen zur Verfügung gestellt werden, die sie am ökonomischsten umsetzen können. Die Rede ist von den Anle-gern oder auch Aktionären. Sie legen ihr Geld in Unternehmen an, denen sie vertrauen und von denen sie eine Rückzahlung in Form von Dividenden oder Kursgewinnen erwarten. Würden sie nun auf ein Unternehmen treffen, bei dem sie genau wissen, dass sie eigentlich gar nichts wissen, üben sie sich in Sachen Kapitalanlage in Zurückhaltung, weil sie kein Vertrauen aufbauen können. Sollten sie sich trotzdem für eine Anlage entscheiden, die sich jedoch aufgrund mangelhafter oder gänzlich fehlender In-formationen als Negativgeschäft herausstellt, lässt dies, das Vertrauen der Anleger schwinden. Was für eine so kleine Beziehung gilt, gilt auch für den gesamten Markt an dem die Rechte an ebendiesen Unternehmen gehandelt werden. Spätestens mit dem glorreichen und für viele Anleger schmerzhaften Untergang des Neuen Marktes wurde das Vertrauen der Aktionäre in die Kapitalmärkte mächtig erschüttert. Diesen Vertrauensbruch jedoch wieder zu heilen, ist der Plan des Gesetzgebers. Dabei denkt er zuweilen längst nicht mehr national, sondern vielmehr europäisch, wenn nicht sogar zum Teil schon international. National wird er nur wieder, wenn es um die gesetzliche Form der Unternehmen geht. Porsche AG, Daimler AG, Volkswagen AG und Audi AG. Das alles sind zwar weit über die Grenzen Deutschlands agierende und bekannte Automobilhersteller, wobei ihnen aber nicht nur die Leidenschaft zu Automobilen gemein ist, sondern auch ihre Gesellschaftsform: Die Aktiengesellschaft.

Aktiengesetz

Verfassungsrechtliche Grenzen der Pflichtpublizität im europäischen Unternehmensrecht - Eine Studie mit vergleichenden Bezügen zum Recht der Vereinigten Staaten von Amerika

Ad-hoc-Pflichten im deutschen Profifußball

Kartellrechtliche Leniency Programmes und Ad-hoc-Publizität nach MAR

Integrierte Konzernsteuerung

Unternehmensprivatsphäre

English summary: It is now broadly accepted that equity carve-outs, in which the parent firm sells a portion of its ownership in a subsidiary via an IPO, do not require any coercive preemptive rights in favor of the parent's shareholders. Jorn Kowalewski examines the scope of legal investor protection in such cases from the perspective of comparative law as well as by means of a comprehensive economic analysis including neoclassical economics, neo-institutional economics and the behavioural finance approach of the capital market theory. He distinguishes between various market situations and different types of equity carve-outs and argues that, contrary to the prevailing opinion, in the particular constellation of hot markets, preemption rights are both economically efficient and legally binding. German description: Die nach den Borsengängen von Infineon, T-Online und Comdirect im Jahre 2000 massgeblich durch Lutter aufgebrachte Frage, ob Mutteraktionären beim Borsengang einer Tochtergesellschaft ein Vorerwerbsrecht an den emittierten Tochteraktien zustehen soll, ist im Schrifttum bisher auf breite Ablehnung gestossen. Jorn Kowalewski unternimmt es, die Frage neu aufzuwerfen und bearbeitet das Thema rechtsvergleichend und vor allem in Auseinandersetzung mit neuesten Erkenntnissen der ökonomischen Kapitalmarktforschung, die zunehmend die Allokationseffizienz der Kapitalmärkte in Zweifel ziehen und eine lebhafte Debatte zwischen neoklassisch-neoinstitutioneller Kapitalmarkttheorie einerseits und der sich neu entwickelnden Behavioral Finance andererseits ausgelost haben. Anders als bisher ublich knupft er die rechtliche Behandlung nicht allein an das formale Kriterium der Emission junger bzw. alter Stucke. Vielmehr trennt er verschiedene Marktphasen und verschiedene Typen von Tochterborsengängen und versucht auf diese Weise eine differenzierte - insbesondere marktphasenspezifische - Anwendung anlegerschutzender Rechtsinstitute. Aus seiner Analyse folgt die Ablehnung jedes Rechts auf bevorrechtigte Zuteilung in normalen Marktphasen, jedoch die rechtliche Anerkennung eines Vorerwerbsrechts in sogenannten hot markets . Dabei ist allerdings die rechtliche Begründung und die ihr zugrunde liegende ökonomische Herleitung eine ganzlich andere als im ursprünglichen Ansatz von Lutter. Eva Griewel entwickelt für die Publizitätsinstrumente Zwischenberichterstattung und Ad hoc-Publizität ein Soll-Objekt der Berichterstattung und setzt sich mit ihrem Enforcement auseinander. Auf der Basis identifizierter Enforcement-Lücken erarbeitet sie Vorschläge zur Reduktion bestehender Defizite.

English summary: Listed companies are generally obliged to publish share-relevant information immediately, although in certain situations they may temporarily keep such insider-information secret and inform the market later - just when is examined here. German description: Seit dem 3. Juli 2016 ist die sogenannte Ad-hoc-Publizitätspflicht nicht mehr in 15 des deutschen WpHG, sondern in Art. 17 der unionsweit geltenden MarktmissbrauchsVO geregelt. Zentraler Bestandteil dieser anlassbezogenen Veröffentlichungspflicht ist dabei weiterhin ihr Befreiungstatbestand (Art. 17 Abs. 4 MAR). Umso bedauerlicher ist, dass der europäische Gesetzgeber darauf verzichtet hat, die Voraussetzungen für einen Aufschub der Ad-hoc-Mitteilung - über die Bildung von Regelbeispielen hinaus - rechtsverbindlich zu konkretisieren. Vor diesem Hintergrund entwickelt Philipp Steinruck allgemeingültige Konzepte zur Auslegung der Aufschubvoraussetzungen des Art. 17 Abs. 4 MAR, wobei der Schwerpunkt zweifelsohne in der Ermittlung des berechtigten Aufschubinteresses im Sinne von Art. 17 Abs. 4 lit. a) MAR liegt.

Die in kartellrechtlichen leniency programmes angelegte "Verschwiegenheitspflicht" kann Unternehmen vor Probleme stellen, wenn sie als Emittenten am Kapitalmarkt zur unverzüglichen Veröffentlichung von Insiderinformationen verpflichtet sind (Art. 17 MAR). Die Arbeit nimmt die Lösung dieses Ausgangsproblems zum Anlass einer grundlegenden Analyse zweier in der Anwendungspraxis relevanten und zutiefst unionsrechtlich geprägten Rechtsbereiche. Dabei erfolgt eine intensive und kritische Auseinandersetzung sowohl mit zahlreichen Aspekten der Ad-hoc-Publizität als auch mit dem mit der 10. GWB-Novelle geschaffenen gesetzlichen Kronzeugenprogramm (§§ 81h ff. GWB), das in Umsetzung der "ECN+"-RL die bisherige deutsche Bonusregelung abgelöst hat.

Anlegeraktionärsschutz im Konzern zwischen Neoklassik und behavioral finance ; eine juristische und ökonomische Analyse

Europäisches Unternehmens- und Kapitalmarktrecht

Die Ad-hoc-Publizität der AG

EU Market Abuse Regulation

Lexikon des Rechnungswesens

Ein Beitrag zum Spannungsverhältnis zwischen Kapitalmarktrecht und Gesellschaftsrecht

Holger Wassermann geht der Frage nach, ob Shareholder-Value- und Kapitalmarktorientierung tatsächlich gleichzusetzen sind. Er analysiert die Interessen der verschiedenen Kapitalmarktteilnehmer und leitet daraus Anforderungen an Accounting und Controlling ab. So werden u.a. die Zweckmäßigkeit des Fair Value, eine Änderung des Framework, ein umfassendes Recycling sowie das Goodwill-Controlling diskutiert.

Die Legalitätskontrolle innerhalb einer Aktiengesellschaft hat unter dem Schlagwort der Corporate Compliance innerhalb des letzten Jahrzehnts eine ausgesprochen weitreichende Neuordnung der deutschen Unternehmenspraxis bewirkt. Philipp Maximilian Holle stellt sich der Aufgabe, den dogmatischen Grundlagen einer Legalitätskontrollverpflichtung nachzugehen, die nicht nur im Aktienrecht, sondern auch im allgemeinen Zivil- sowie im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht zu finden sind. Ein besonderes Augenmerk richtet der Autor auf die Frage der Corporate Compliance innerhalb eines Konzerns. Inwiefern kann der Vorstand der Obergesellschaft dazu verpflichtet sein, eine Legalitätskontrolle auch innerhalb anderer, rechtlich selbstständiger Unternehmenseinheiten durchzuführen? Bei rein wirtschaftlicher Betrachtung liegt ein solcher Kontrolldurchgriff durchaus nahe. Bei einer juristischen Betrachtung negiert ein Kontrolldurchgriff indes die rechtliche Eigenständigkeit der Tochterge sellschaft und ist deshalb in besonderem Masse begründungsbedürftig.

Die strenge und stetig zunehmende Regulierung des Kapitalmarkts stellt Compliance-Verantwortliche in kapitalmarktorientierten Unternehmen immer wieder vor große Herausforderungen. Das Handbuch bereitet das Kapitalmarktrecht verständlich und praxisfreundlich auf und bietet eine Hilfe beim Aufbau bzw. der Effektivierung eines Compliance-Systems im Unternehmen. Der Aufbau folgt dem Adressatenkreis: Emittenten, Banken und Finanzdienstleister. So erhält der Praktiker Zugang zu den für ihn maßgeblichen Themenkreisen. Die Autoren zeigen die enge Verzahnung des materiellen Kapitalmarktrechts mit dem Strafrecht. Fast alle Ge- oder Verbote in den Kapitalmarktgesetzen werden mit einer Geldbuße oder gar Geld- und Freiheitsstrafe geahndet. Die straf- und bußgeldrechtlichen Aspekte des Kapitalmarktrechts werden daher in einem eigenen Teil ausführlich und abschließend erläutert. Das Handbuch verbindet so die kapitalmarktrechtliche Compliance mit der Criminal Compliance.

Die Sonderausgabe der Kommentierung des Bankvertragsrechts aus der 5. Auflage des „Staub“ in zwei Bänden bringt das Bankvertragsrecht als Gesamtwerk erstmals auf einen einheitlichen und grundsätzlich revidierten Stand. Im Band „Investmentbanking“ werden behandelt: Gesamtsystem des Investmentbankings, Marktregeln, Organisationsanforderungen an Marktteilnehmer und Marktinfrastruktur sowie die Kundenbeziehung (Wertpapierhandel/Effektengeschäft).

Ad-hoc-Publizität, Wissenszurechnung und die aktienrechtliche Verschwiegenheitspflicht

Haftung von Emittenten, Bietern, Organwaltern und Marktintermediären ; Grundlagen, Systematik, Einzelfragen

Kapitalmarktrecht

Regulierung der Ad-hoc-Publizität

Handbuch Investor Relations

Der Informationsfluss vom beherrschten zum herrschenden Unternehmen im Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

Credit and financial services institutions are obliged to ensure that laws, regulations and practices in securities operations are abided by, especially conflicts of interest are avoided and insider information are not disclosed dishonestly - summarized under the term Compliance according to art. 33 sec. 1 WpHG (German Securities Trading Law). The author answers questions resulting from this obligation with a dogmatic foundation and makes fundamental proposals for current Compliance practice.

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht geben den Rahmen für ein Informationssystem im Unternehmen vor. Dessen zentrale informationsrechtliche Bestimmungen sind das insiderrechtliche Weitergabeverbot des § 14 Abs. 1 Nr. 2 WpHG sowie die Ad-hoc-Publizitätspflicht des § 15 WpHG. Die Arbeit untersucht beide Vorschriften auf ihren konzernrelevanten Regelungsgehalt und trägt so dem Umstand Rechnung, dass sich Konzerne zur grundlegenden Organisationsform unternehmerischen Handelns entwickelt haben. Zudem wird das insiderrechtliche Weitergabeverbot mit den gesellschaftsrechtlichen Vorgaben zum konzerninternen Informationsfluss sowie mit der sich für das einzelne Konzernunternehmen aus § 15 WpHG ergebenden kapitalmarktrechtlichen Auskunftspflicht in Abgleich gebracht. Für alle typischen Formen eines Aktienkonzerns wird dargestellt, wann die interne Weitergabe einer (Insider-)Information durch Vorstandsmitglieder weder aus gesellschafts- noch aus kapitalmarktrechtlicher Sicht zu beanstanden ist.

Im Zuge der Finanzkrise hat die Frage nach staatlichen Rettungsmaßnahmen deutlich an Bedeutung gewonnen. Dabei soll der Staat Mittel für krisengeplagte Marktteilnehmer zur Verfügung stellen, aber auch regulierend eingreifen, um wirtschaftliche Schieflagen von Anfang an zu vermeiden. Eines dieser regulatorischen Aufsichtsmittel ist der Sonderbeauftragte, dem Befugnisse von Organen von Banken und Versicherungsunternehmen übertragen werden können. Der Autor zeigt auf, dass die Bestellung eines Sonderbeauftragten einen weitreichenden Eingriff in die Organstruktur des betroffenen Unternehmens mit sich bringt. Betroffen ist insbesondere das Grundprinzip der Gewaltenteilung zwischen den Organen, wenn ein Sonderbeauftragter für die Befugnisse mehrerer Organe bestellt wird. Aber auch andere gesellschaftsrechtliche Regelungen wie etwa die Berichtspflichten und Zustimmungsvorbehalte sind betroffen. Neben der Darstellung der Auswirkungen der Bestellung auf die Organstruktur der betroffenen Unternehmen erfolgt eine umfassende Untersuchung der Bestellungs Voraussetzungen, der rechtlichen Stellung des Sonderbeauftragten und der mit seiner Bestellung verbundenen haftungsrechtlichen Fragen. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass die Bestellung eines Sonderbeauftragten mit erheblicher Rechtsunsicherheit verbunden ist und verbindet dies mit einem Appell an den Gesetzgeber, Rechtssicherheit zu schaffen, da der Sonderbeauftragte sonst keine besondere praktische Bedeutung haben wird. Das Buch richtet sich primär an ein juristisches Fachpublikum, soll aber auch alle ansprechen, die in der Banken- und Versicherungswirtschaft auf Leitungsebene mit dem Aufsichtsrecht in Berührung kommen.

Die Bedeutung der Informationshaftung am Sekundärmarkt nimmt rasant zu, wie die jüngsten Haftungsprozesse aufgrund fehlerhafter Ad-hoc-Publizität (z.B. im Zusammenhang mit dem Emissionsskandal) exemplarisch zeigen. Gleichzeitig sind zahlreiche Fragen in den Grundlagen, etwa im Hinblick auf infrage kommende Schadenspositionen, und im Detail, insbesondere die Art der konkreten Schadensberechnung, ungeklärt. In dem Werk werden diese und weitere praxisrelevante Themen aus dem Bereich des materiellen und prozessualen Rechts behandelt. Gestützt auf Erkenntnisse der Informationsökonomik und aus rechtsvergleichender Perspektive wird ein Konzept zur Bestimmung von Kapitalanlegerschäden mithilfe finanzökonomischer Berechnungsmodelle entwickelt. Dabei orientiert sich die Untersuchung am Ziel rechtsökonomischer Effizienz, ohne den Blick für pragmatische Lösungen zu verlieren.

A Commentary on Regulation (EU) No 596/2014

Ein Beitrag zur ökonomischen Analyse des Rechts

Kapitalmarktorientierung in Accounting und Controlling

Kapitalmarkt Compliance

Ad-hoc-Publizität im Konzern

Schadensberechnung bei fehlerhafter Sekundärmarktinformation

Das Europäische Wirtschaftsrecht ist in den vergangenen Jahren intensiv fortentwickelt worden: Man denke nur an die Schaffung der Europäischen Aktiengesellschaft (Societas Europaea - SE) und der Europäischen Genossenschaft (SCE), die Verabschiedung der Übernahmerichtlinie, der Richtlinie über die grenzüberschreitende Verschmelzung von Kapitalgesellschaften und der Aktionärsrechterichtlinie sowie die zahlreichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Corporate Governance. Im Rahmen der jüngst eingeleiteten Initiative für eine neue Phase der Harmonisierung wird zudem die Realisierung einer ganzen Reihe weiterer "alter" und "neuer" Projekte erwogen (z.B. zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Corporate Governance, Sitzverlegungsrichtlinie, Europäische Privatgesellschaft (SPE)). Das einzigartige, wegweisende Kompendium zum Europäischen Unternehmensrecht greift diese für die Praxis hochrelevanten Entwicklungen auf und macht die neue Rechtslage mit knappen, präzisen Erläuterungen handhabbar. Die Neuauflage ist zudem um das Europäische Kapitalmarktrecht erweitert, das aufgrund der jüngsten Finanzkrise nachhaltig im Fokus steht. Auch durch den Abdruck aller einschlägigen Normen des EU-Gesetzgebers nebst einführenden Kurzkomentierungen bietet das Werk einen umfassenden Überblick in einem Band.

Eine Typologie der strategischen Kontrolle im deutschen Konzern am Beispiel eines Energieversorgers

Aktionärsschutz im Konzern

Entwicklung und Perspektiven des deutschen und europäischen Wertpapierhandelsrecht

Der gespaltene Emittent

Sonderausgabe aus dem Großkommentar zum Aktiengesetz §§ 95 bis 116 AktG

Grundlagen, Stand und Entwicklung nebst Texten und Materialien